Artikel vom 13.09.2017 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 04:34 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/37-weniger-als-nichts

37 - Weniger als nichts



Detlef Steinert

Während vor der Westküste der USA Wirbelstürme toben, stellen sich die Rückversicherungsunternehmen darauf ein, dass Wetterextreme ihr Geschäft beflügeln; die Agrarminister der EU belassen es dagegen bei dem Bekenntnis, dass man etwas tun müsse.

In Monte Carlo trafen sich in dieser Woche Vertreter der Rückversicherungsgesellschaften aus der ganzen Welt. Ganz oben auf ihrer Agenda hatten sie die Herausforderungen gesetzt, die Wetterextreme wie die gerade vor der Küste der USA vagabundierenden Wirbelstürme Irma und Harvey für ihre Geschäfte bedeuten. Da sind einmal Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe allein für Schäden im Rahmen bestehender Versicherungsverträge. Da ist zum anderen noch nicht ausgeschöpftes Geschäftspotenzial in mindestens derselben Höhe. Das hoffen sie demnächst zu heben, weil Privatleute und Unternehmen Deckungslücken feststellen und neue Verträge mit den Erstversicherern abschließen.

Die Manager der Versicherungswirtschaft beließen es in Monte Carlo nicht dabei, nur über solche Szenarien zu debattieren. Sie leiteten aus diesen gleich konkrete Modelle zu Absicherungsvarianten und Preisgestaltung ab, damit die Erstversicherer zügig ins Neugeschäft einsteigen können und so auch das Wachstum bei den Rückversicherern ankurbeln. Über den Umweg über die bekannten Agrarversicherer und deren Produkte dürfte das, was die Monte-Carlo-Runde ausgedacht oder ermittelt hat, sicher dann auch bei den Landwirten aufschlagen.

Üppiger als das dürfte dagegen nicht ausfallen, was aus der Tallinn-Runde der europäischen Agrarminister bei ihnen aufschlägt. Obwohl sie das gleiche Thema auf der Tagesordnung hatten, gingen die Agrarminister der EU einige Tage zuvor mit deutlich weniger Substanz auseinander, und das, obwohl es für ihre Klientel, die europäischen Bauern, im Schadenfall um nichts weniger als die Existenz gehen kann. Sicher, von informellen Agrarministertreffen sind keine Beschlüsse zu erwarten, die Klarheit über den nötigen rechtlichen und steuerlichen Rahmen für eine eigenverantwortliche Absicherung bringen. Ideen und Impulse sowie Richtungen und Strategien dürften solche Runden allerdings schon liefern.

Verweise auf die unsichere Finanzierungslage der EU oder die Zusicherung, weiter an geeigneten Instrumenten zu arbeiten, sind daher weniger als nichts. Die gravierendsten Risiken lassen sich kaum steuern und machen nicht vor dem Einzelbetrieb halt. Wetterunbilden, Marktverwerfungen oder Seuchen kennen auch keine nationalen Grenzen. Ihnen kann daher nur im europäischen Schulterschluss begegnet werden: im Vorbeuge- ebenso wie im Schadenfall. Etwas mehr hätten EU-Agrarkommissar Phil Hogan und seine Ministerkollegen deshalb schon liefern dürfen. So lassen sie ein Mega-Thema an sich vorbeiziehen, ohne wirklich Akzente zu setzen oder Perspektiven für die Landwirte aufzuzeigen.

Natürlich liegt – diesen Hinweis zwischen den Zeilen versäumte Hogan indes nicht – ein wichtiger Schlüssel zur besseren Abfederung von Risiken für die einzelnen Betriebe mit der Steuerpolitik in den Händen der Nationalstaaten. Im Zuge der Liquiditätshilfen hat die Bundesrepublik gebeutelten Milchviehbetrieben hier jüngst bereits kleine Vergünstigungen gewährt. Sie weicht damit einen Kernvorbehalt gegen eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage etwas auf, nämlich den, dass eine solche seitens der Steuerbehörden schwer zu handeln und zu kontrollieren sei. Neben den Agrarpolitikern

aus den eigenen Reihen tritt zudem nunmehr die Union in Gänze in Gestalt ihres Wahlprogramms für eine steuerfreie Risikorücklage ein. Das lässt für die Nachwahlkampfzeit hoffen, dass Bauern und Bäuerinnen bald mehr steuerlichen Gestaltungsspielraum bekommen, um fette und magere Jahre gegeneinander auszugleichen.